

Zeitschrift: DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen
Herausgeber: Verein DrogenMagazin
Band: 16 (1990)
Heft: 3

Artikel: Neuer Drogen-Super-Markt Osteuropa?
Autor: Billeter, Claudia
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-801336>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 01.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Neuer Drogen-Super-Markt Osteuropa?

Während die Vereinigten Staaten im totalen "Drogenkrieg" versuchen, ihre Grenzen dicht zu machen, hat die Drogenmafia auf der Suche nach besseren Absatzmärkten Europa stärker ins Visier genommen.

VON CLAUDIA BILLETER

Die Regierung Bush erklärte der Drogen den Krieg. Mit diesem klaren Feindbild lässt sich von der Ursache ablenken, nämlich weshalb Drogenelend und -kriminalität drastisch zunehmen, während der Drogenkonsum auf dem nordamerikanischen Kontinent laut Schätzung des amerikanischen "National Institut of Drug Abuse" (Nationales Institut gegen Drogenmissbrauch) eher stagniert, teilweise gar rückläufig ist.

Sozial-politische Themen im eigenen Land werden zu einer "äusseren Bedrohung" stilisiert. Dem Elend der Drogenabhängigen wird nicht etwa mit verstärkter Überlebenshilfe begegnet, sondern Elend zusätzlich produziert, indem betroffenen Menschen die öffentliche Unterstützung gestrichen wird.

Wenn eine Strategie kippt

Strategien kippen leicht, wenn erst einmal deren Nutzlosigkeit begriffen wird, ist Ambros Uchtenhagen, Direktor des Sozialpsychiatrischen Dienstes Zürich, überzeugt. Eine Legalisierung illegaler Drogen brächte dem Staat die Monopolstellung und damit auch den Profit, wie

einst die Aufhebung der Alkoholprohibition.

Die USA haben ihre Strategie gegenüber illegalen Drogen jedoch - noch - nicht gekippt, sondern stehen sozusagen mitten im "Schlachtgetümmel". Den Drogenverkehr aus dem "Hinterhof Lateinamerika" versuchen sie vor Ort abzuklemmen, und wenn das nicht gelingt, mit der scharfen Kontrolle an den Grenzen abzuwehren. Die Drogenmafia sucht Wege, andere, bereits bestehende Märkte besser zu erschliessen.

Der Weg wird geebnet

Zum industrialisierten Europa bietet sich nun der sich öffnende Osten an. Innerhalb eines künftigen Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) schliesslich werden die Grenzen durchlässiger, Kontrollen schwieriger, die Wege für den relativ gefahrlosen Ab- und Umsatz von illegalen Drogen praktisch geebnet.

"Wir dürfen uns punkto Strategie nicht abnabeln", meint Jörg Schild, als Chef der Zentralstelle Rauschgift auf der Bundesanwaltschaft "oberster Drogenfahnder" der Schweiz. Um einem Grossmarkt Europa für illegale Drogen einermassen begegnen zu können, müsse die polizeiliche Zusammenarbeit mit anderen Staaten intensiviert werden.

Kräfte gegen Handel mobilisieren

"Unser Land kann keine Inselstellung einnehmen", ist er überzeugt und sieht deshalb nur eine Chance, indem eine extreme Drogenpolitik avisiert wird. Extrem liberal oder extrem repressiv, Hauptsache sei, alle Kräfte gegen den Handel mobilisieren zu können und Therapie vor Strafe bei Konsumentinnen und Konsumenten kommen zu lassen. Vorerst sollte seiner Meinung nach "einmal das Betäubungsmittel-

gesetz einheitlich angewandt" werden. Die Schweiz könne gegen die Drogenmafia zwar wirksam werden. Schild warnt jedoch vor allzugrossen Hoffnungen, über den ab Anfang August geltenden Geldwäscherei-Artikel viel ausrichten zu können. Es müssten dazu noch schärfere Bestimmungen erlassen werden, wie beispielsweise die Deklarationspflicht von Devisen beim Grenzübergang über Beträge über 50'000 Franken oder die Umkehrung der Beweislast, wenn Indizien vorliegen, dass ein grösserer Geldbetrag aus dem Drogenhandel stammt. Abgezogenes Geld könnte der Staat in die Drogenprävention einfließen lassen, denn "bei uns sind wir punkto Prävention ein Entwicklungsland".

HIV-Problematik schreckte auf

In der Drogenpolitik der Schweiz ist Übereinstimmung zwar nicht auszumachen, einzig sind sich jedoch alle: Prävention und Prophylaxe müssten ausgebaut werden. Die Motivation für dieses Denken ist unterschiedlich. Die einen sind, wie auch Jörg Schild, von der HIV- und Aidsproblematik überhaupt abgeschreckt worden, die anderen setzen sich durch die Einschätzung der Realität seit längerer Zeit damit auseinander.

Ambros Uchtenhagen macht darauf aufmerksam, dass Prävention mit unterschiedlichen Zielen realisiert werden kann. Soll nun Abhängigkeit, Konsum oder Gebrauch von Drogen verhindert werden? Der Hintergrund präsentiert sich jedoch so, dass die Nachfrage nach illegalen Drogen bereits seit Menschengedenken besteht, weiter bestehen wird. Ob die Drogen illegal oder legal sind, hängt von der Strategie eines Staates ab. Der Realität kann aber mit realistischen Ansätzen begegnet werden, und zwar, mit gut ausgebauten, dezentralisierten Hilfeangeboten das (Über-) Leben der Betroffenen zu ermöglichen. ■